
Interpellation CVP-Fraktion vom 6. Juni 2006

Nachlese zum Goldmillionen-Referendum

Schriftliche Antwort der Regierung vom 21. August 2007

Die CVP-Fraktion des Kantonsrates nimmt in einer Interpellation, die sie im Nachgang zur Referendumsabstimmung über den Beschluss über die Verwendung des Nationalbank-Goldes einreichte, Bezug auf die diesbezügliche Auseinandersetzung zwischen dem Kanton und der Vereinigung St.Galler Gemeindepräsidentinnen und Gemeindepräsidenten (VSGP), die Auslöser für das Zustandekommen des Referendums war. Die Interpellantin wünscht eine rückblickende Beurteilung der Umstände, die zur Referendumsabstimmung führten, und fragt nach den Konsequenzen, welche die Regierung daraus zieht.

Die Regierung antwortet wie folgt:

Es ist unbestritten, dass die Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit der Vorlage über die Verwendung des Nationalbank-Goldes zu Spannungen zwischen der Regierung und einem Teil der Gemeindepräsidentinnen und Gemeindepräsidenten geführt haben. Die damalige Entwicklung war zweifellos wenig erfreulich. Dass es so weit gekommen ist, haben sich wohl beide Seiten anzulasten. Regierung und Verwaltung müssen sich in Bezug auf das erwähnte Geschäft vorwerfen lassen, dass das gewählte Verfahren bei der Vorbereitung und Beratung der Vorlage offensichtlich nicht geeignet war, Vertrauen und Verständnis der Gemeinden zu gewinnen. Viele Gemeindepräsidentinnen und Gemeindepräsidenten hatten das Gefühl, vom Kanton übergangen worden zu sein. Auf der anderen Seite ist nicht zu verkennen, dass die Interessenlage zwischen Kanton und Gemeinden gerade auch bei Finanzgeschäften häufig konträr ist. Da liegt es in der Natur der Sache, dass teilweise auch härtere Auseinandersetzungen nicht zu umgehen sind. Wichtig ist in solchen Fällen, dass die Betroffenen Gelegenheit haben, ihre Sicht der Dinge darzulegen, dass man sich mit den unterschiedlichen Standpunkten ernsthaft auseinandersetzt und dass getroffene Entscheide transparent begründet werden.

Die klimatischen Störungen, welche die Vorlage über die Verwendung des Nationalbank-Goldes hervorgerufen haben, bestärkten die Regierung in ihrem Bemühen, die Gemeinden in Vorhaben, von denen sie direkt betroffen sind, frühzeitig und umfassend einzubeziehen. Schon vor dem 21. Mai 2006 war der Informationsaustausch mit dem Vorstand der VSGP institutionalisiert worden. Und zwischen den Departementen und der VSGP bestanden schon bisher direkte und enge Kontakte, wenn ein Geschäft dies erforderte. Diese institutionalisierte Zusammenarbeit ist in den letzten Monaten zusätzlich verstärkt worden. Hauptsächlich auch bei den von der Interpellantin genannten Projekten des innerkantonalen Finanzausgleichs, der NFA und des Gemeindevereinigungsgesetzes wurde die VSGP von Beginn weg eng in die Projektarbeit einbezogen. Dies hat zweifellos auch dazu beigetragen, dass das Verhältnis zwischen Regierung sowie Gemeindepräsidentinnen und Gemeindepräsidenten sich wieder entspannt hat. Die Regierung beurteilt die aktuelle Zusammenarbeit mit der VSGP als partnerschaftlich und sachorientiert.